

**Anja Kofbinger MdB  
Sebastian Walter MdB**  
Sprecher\*innen für Queerpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5 | 10117 Berlin  
T +49 (0)30 2325- 2400  
F +49 (0)30 2325- 2409

sebastian.walter@gruene-fraktion-berlin.de  
anja.kofbinger@gruene-fraktion-berlin.de

www.gruene-fraktion-berlin.de

**Berlin, 21. Dezember 2017**

## **Doppelhaushalt 2018/2019: Ausbau der „Initiative Sexuelle Vielfalt“ und Stärkung von LSBTIQ\*- Projekten**

Das Abgeordnetenhaus hat am 14. Dezember 2017 den Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 beschlossen. Mit ihm verbunden ist auch eine deutliche Aufstockung der Mittel und Ausweitung der Projekte im Bereich Antidiskriminierungs- und Queerpolitik. Damit wird in den kommenden beiden Jahren bereits eine Mehrzahl der im Koalitionsvertrag verankerten queerpolitischen Vorhaben auf den Weg gebracht und umgesetzt werden können. R2G wirkt – für eine starke LSBTIQ-Community und für eine starke Regenbogenhauptstadt Berlin.

### **Landesantidiskriminierungsstelle und Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV)**

Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ist seit dieser Legislaturperiode bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung unter Senator Dr. Dirk Behrendt (Grüne) angesiedelt. Zur Erfüllung und Erweiterung ihrer Aufgaben erhält sie mit dem neuen Doppelhaushalt eine personelle Verstärkung um 5 Mitarbeiter\*innen und einen Mittelaufwuchs um über 60 Prozent (Ansatz alt (2017): 6.078.000 Euro; Ansatz neu (2018): 9.773.000 Euro; Ansatz neu (2019): 9.868.000 Euro). Die bei der LADS eingestellten Mittel für die Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV) werden verdoppelt (Ansatz alt (2017): 326.000 Euro; Ansatz neu (2018/2019): 646.000 Euro). Damit kann insbesondere die wichtige Arbeit gegen Homo- und Transphobie und für Akzeptanzförderung bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die Koalitionsfraktionen bereiten dazu einen Parlamentsantrag zum Neustart der Initiative vor.

### **Queeres Jugendzentrum**

Jugendliche machen noch immer viele Diskriminierungserfahrungen und haben ein vier- bis sechsfach erhöhtes Suizidrisiko. Die Koalitionsfraktionen haben nun beschlossen, ein queeres Jugendzentrum einzurichten. Jeweils 175.000 Euro stellt R2G in den kommenden beiden Jahren für die Einrichtung des Queeren Jugendzentrums zur Verfügung. Die Verwaltung wurde beauftragt, bis Ende des Jahres 2017 ein Konzept zu erarbeiten, das insbesondere den Peer-to-Peer-Ansatz berücksichtigt.

### **Fachstelle QueerLeben**

QueerLeben ist eine Inter\*Trans\*Beratungsstelle, die mit einem community-basierten Ansatz arbeitet und damit professionelle Beratung, Fachwissen und biographische Erfahrung zusammenführt. Ratsuchende Inter\* und Trans\* Personen erleben oft Ausgrenzung und traumatische Erfahrungen. QueerLeben hilft und unterstützt hier mit der entsprechenden Fachkompetenz und einer Sensibilisierung für die besonderen Belange von Trans\* und Inter\*. Das Land Berlin wird die Fachstelle QueerLeben mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 erstmals über eine Zuwendung mit den dafür notwendigen Ressourcen ausstatten.

### **Fachstelle Queere Bildung**

R2G richtet eine Fachstelle Queere Bildung ein, welche die Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV) im Bildungsbereich (Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe) umsetzen wird. Mit dem neuen Haushalt wurden auch die entsprechenden Mittel für sie zur Verfügung gestellt werden. Als Servicestelle zur Umsetzung und Qualitätssicherung von Bildungsarbeit bietet sie Fortbildungen und Beratungen für Schlüsselpersonen und Fachkräfte in den Bereichen Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe zu den Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt/Diversity an und erstellt didaktische Materialien für die Bildungsarbeit.

### **L-Support**

Mit dem neuen Haushalt wird erstmals ein Opferhilfeangebot für gewaltbetroffene lesbische, bisexuelle und queere Frauen in Berlin durch das Land Berlin gefördert werden. Ziel ist es, die Anzeigenbereitschaft zu erhöhen und von Gewalt Betroffene bedarfsgerecht, niedrigschwellig und unbürokratisch zu unterstützen.

### **Preis für lesbische Sichtbarkeit**

Im nächsten Jahr wird der Senator für Antidiskriminierung zum ersten Mal einen Preis für lesbische Sichtbarkeit verleihen. Soeben wurde das Konzept im Auftrag der LADS erstellt und der Verleihung am 26. April – dem Tag für lesbische Sichtbarkeit – steht nichts mehr im Wege. Wir erfüllen damit auch den Koalitionsvertrag, der sich explizit zur Förderung der lesbischen Sichtbarkeit verpflichtet. Die notwendigen Mittel stehen nur zur Verfügung.

Daneben werden mit dem neuen Haushalt eine ganze Reihe der bestehenden LSBTIQ\*-Projekte gestärkt und weiter ausgebaut. Dazu gehört beispielsweise die Arbeit der „**AG Haft**“ von **Mann-o-Meter**, mit der schwule und bisexuelle Inhaftierte in den Berliner Vollzugsanstalten persönlich betreut werden. Oder auch das Beratungsangebot des **Sonntags-Clubs**, das Veranstaltungs-, Informations- und Beratungszentrum für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Inter\* im Prenzlauer Berg.

Erklärter Wille der Koalitionsfraktionen ist die Erarbeitung eines **Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)** für den öffentlich-rechtlichen Bereich Berlins inklusive eines **Landesprogramms zur Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt**. Ein Entwurf der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung befindet sich gerade in der Abstimmung im Senat.

Die Koalitionsfraktionen haben mit dem Doppelhaushalt nun Mittel bereitgestellt, um die Erstellung und Umsetzung des LADG mit entsprechenden Maßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsformate, etc.) zu unterstützen und zu begleiten.

Mit dem vorliegenden Haushalt wird R2G ein **Modellprojekt zur Präexpositionsprophylaxe (PreP)** inklusive einer wissenschaftlichen Begleitstudie auf den Weg bringen. Außerdem werden die Angebote der HIV-Prävention ausgebaut. Insgesamt stehen dafür 2,1 Millionen Euro bereit. Zudem sieht der neue Berliner Doppelhaushalt pro Jahr 1,5 Millionen Euro für eine **Clearingstelle** für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung vor.

Berlin nimmt damit seine Verpflichtungen als „**Fast Track City**“ sehr ernst – mit dem Ziel, Aids bis 2030 zu beenden. Dafür sollen bis 2020 unter anderem 90 Prozent der HIV-infizierten Menschen von ihrem Infektionsstatus wissen, 90 Prozent dieser Menschen sollen in Behandlung sein und bei 90 Prozent der Behandelten die Viruslast unter der Nachweisgrenze liegen.

Für weitergehende Informationen und Rückfragen – oder auch zum **Verhalten der Opposition** während der Haushaltsberatungen (die CDU wollte mehr als eine halbe Millionen bei den LSBTIQ\*-Projekten streichen!) – stehen Ihnen immer gerne bereit

Ihre

**Anja Kofbinger & Sebastian Walter**

Queerpolitische Sprecher\*innen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Abgeordnetenhaus von Berlin